

FORDØM MASSAKREN MOD
FATTIGBØNDERNE I RONDÔNIA!
(LEVE LCPI, S)

ROTE POST

Nr. 61

Februar 2023

INTERNATIONAL

- 6 ZUR AKTUELLEN SITUATION
IM SÜDEN MEXIKOS

BRD

- 8 SILVESTER 2022 - WIEDER
HETZE GEGEN MIGRANTEN

FRAUEN

- 10 „GIRLS DAY“ — CHANCE
ODER FASSADE?

BERLIN

- 12 TARIFVERHANDLUNGEN BEI
DER DEUTSCHEN POST

HAMBURG

- 14 ASKLEPIOS: KEINE BUTTER
BEI DIE FISCHE

BREMEN

- 16 MÄURER, DROGENHANDEL
UND CHAUVINISMUS

NORDRHEIN-WESTFALEN

- 18 HACKER-ANGRIFF AUF
DIE UNI DUISBURG-ESSEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

- 20 RAZZIEN BEI RADIO
DREYECKLAND

KULTUR

- 22 RUNDFUNKGEBÜHR UND DIE
ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN

VIVA LA
LA CORRIENTE

SOI ROJO

LA TERRA!
UNG

ALTO A LAS IMPOSICIONES EN
SANTACRUZ TAGOLA!
ALTO A LAS AGRESIONES
CONTRA RINCÓN TAGO-
LABA!

BsIA

INHALT

- 4 BILD DES MONATS**
- 6 INTERNATIONAL**
- 8 BRD**
- 10 FRAUEN**
- 12 BERLIN**
- 14 HAMBURG**
- 16 BREMEN**
- 18 NORDRHEIN-WESTFALEN**
- 20 BADEN-WÜRTTEMBERG**
- 22 KULTUR**

- MASSENPROTESTE IN SURINAME**
- ZUR AKTUELLEN SITUATION IM SÜDEN MEXIKOS**
- SILVESTER 2022: ES KNALLT IN DER BRD, UND WIEDER WIRD GEGEN MIGRANTEN GEHETZT**
- FLUGBLATT DES RFK ZUM 8. MÄRZ / „GIRLS DAY“ – CHANCE ODER FASSADE?**
- GEHT BEI DER POST DIE POST AB? VER.DI'S TARIFVERHANDLUNGEN MIT DER DEUTSCHEN POST**
- ASKLEPIOS-KLINIKEN: KEINE BUTTER BEI DIE FISCHER**
- ULRICH MÄURER, DROGENHANDEL UND CHAUVINISMUS**
- HACKER-ANGRIFF AUF DIE UNI DUISBURG-ESSEN – EIN HOCH AUF DIE DIGITALISIERUNG?**
- RAZZIEN BEI RADIO DREYECKLAND**
- SCHON GEZAHLT? RUNDFUNKGEBÜHR UND DIE ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN MEDIEN**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

diesen Monat jährt sich der Überfall des russischen Imperialismus auf die Ukraine zum ersten Mal. Alle Prognosen über ein rasches Ende des Krieges haben sich als falsch erwiesen, seit nun mehr zwölf Monaten leidet das ukrainische Volk unter der imperialistischen Aggression. Auf der kürzlich abgehaltenen Münchener Sicherheitskonferenz stellen sich die „westlichen“ Imperialisten in ihren Reden bereits auf einen „langen Krieg“ ein. Ankündigungen zu mehr Waffenlieferungen gehen mit diesen Worten einher. Die Lieferung von Panzern und dergleichen, für die ukrainische Soldaten in anderen Ländern ausgebildet und Söldner in die Ukraine geschickt werden, dient nicht dazu, den Krieg möglichst schnell zu beenden – die Ukraine gerät stattdessen in mehr Abhängigkeit von den Imperialisten; und ganz besonders die USA haben ein Interesse daran, die Dauer des Krieges möglichst weit hinauszuzögern, um den russischen Imperialisten als Konkurrenten langfristig zu schwächen. Es gilt weiterhin, die rote Fahne gegen den imperialistischen Krieg zu erheben und sowohl die russischen Aggressoren als auch die Kriegstreiber der BRD, USA etc. sowie die Lakaien der Imperialisten unversöhnlich zu bekämpfen.

Der International-Artikel entspringt diese Ausgabe einem Kampf in Mexiko, der in diesen Tagen in Deutschland in der revolutionären Bewegung Widerhall findet. Im Süden Mexikos zeigt sich aktuell beispielhaft in einer Reihe, wie die Interessen der Imperialisten in der dritten Welt mit jedweder Form von Raub und Terror durchgesetzt werden. Die armen Bauern im Bundesstaat Oaxaca, die sich dem imperialistischen Megaprojekt „interozeanischer Korridor“ widersetzen, werden von Banden im Dienste der Imperialisten, so auch dem deutschen, heimgesucht und terrorisiert. Die Genossen dort halten aber weiter unerschrocken die Fahne des Kampfes hoch. Wir denken, dass auch wir in unserer Zeitung einen Beitrag zur Unterstützung der Volksbewegung in Mexiko leisten können.

Das Jahr zählt bereits wieder eine Reihe an Arbeitskämpfen, aktuell besonders im „Dienstleistungssektor“. Immer mehr gehen auf die Straße, um zu zeigen, dass sie entschlossen sind, das zu verteidigen, was sie errungen haben, und dass sie sich nicht mit ein paar Krümeln abspeisen lassen werden. Werfen wir einen Blick nach Frankreich, wo Millionen gegen die Rentenreform auf die Straße gehen, zeigt sich aber auch deutlich noch Luft nach oben im Ausmaß der Streiks und des Protests. Was besonders fehlt, ist eine Gewerkschaft, die tatsächlich die Arbeiter im Kampf führt, und nicht eine, die ihre Versprechen nicht erfüllt und unter den Beschäftigten immer mehr an Ansehen verliert.

Diesen Februar feiert die Rote Post ihr fünfjähriges Bestehen. Wir können mit Zuversicht auf die kommende Zeit blicken und sind der festen Überzeugung, dass wir in Zukunft mehr, besser und aktueller über die Probleme und Forderungen der Arbeiter berichten werden und ihnen so noch mehr eine Stimme geben.

Eure RoPo-Redaktion



Im südamerikanischen Suriname haben Mitte Februar Massenproteste gegen die reaktionären Maßnahmen der Regierung in Zeiten von Krise und massiver Inflation begonnen. In der Hauptstadt Paramaribo gingen Tausende auf die Straße, dort brach die Wut der Massen allen Bann. Es wurden Steine und Flaschen auf Polizisten geworfen, ehe die Menge das Parlamentsgebäude stürmte.

Quelle: South China Morning Post



ZUR AKTUELLEN SITUATION IM SÜDEN MEXIKOS

Im Süden Mexikos wehren sich die armen Bauern und Indigenen seit Jahren gegen industrielle Megaprojekte, die der alte Staat in Kooperation mit den Imperialisten errichtet. Für diese Projekte wird ihr Land geraubt und die Bevölkerung vertrieben. Gigantische Windparks werden errichtet, bis 2020 waren es bereits 29, oft auf dem Land von Indigenen. Kern dieser Projekte am Isthmus von Tehuantepec ist der sogenannte interozeanische Korridor (spanisch: Corredor Interoceánico del Istmo de Tehuantepec, CIIT), ein Eisenbahnprojekt, das den Atlantik mit dem Pazifik verbinden soll. Auf den Widerstand der Bevölkerung reagiert der alte mexikanische Staat mit Gewalt und Terror, entweder direkt in Form von Polizei und Militär, oder indirekt, durch mit ihm und den Unternehmen verbundene Banden von Kriminellen. In den letzten Wochen hat die Unterdrückung des Volkes stark zugenommen. Aber was hat es mit dem interozeanischen Korridor überhaupt auf sich?

WAS IST DER ISTHMUS VON TEHUANTEPEC?

Der Isthmus von Tehuantepec ist eine Landenge im Süden Mexikos, man könnte auch sagen, die dünnste Stelle Mexikos, denn hier wird der Atlantik vom Pazifik durch nur 216 km Landmasse getrennt. Ein naheliegender Gedanke also, hier eine Verbindung zwischen den zwei Ozeanen zu schaffen. Und so sind die Pläne für ein derartiges Projekt auch schon sehr alt, sogar älter als die Pläne für den Panamakanal. Bereits 1814 genehmigte die spanische Regierung den Bau eines Kanals durch die Landenge. Die verschiedenen Pläne scheiterten aber immer an zu wenig Kapital, Machbarkeit, oder an politischen Veränderungen, wie der „Unabhängigkeit“ Mexikos 1821. Die USA hatten schon früh Interesse an transatlantischen Routen, insbesondere an einem Kanal. Diverse Untersuchungen führten schließlich zu dem Plan, eine Bahnstrecke zu bauen. 1881 begann dann tatsächlich der Bau eines Kanals, allerdings in Panama unter französischer Führung. Der Bau der Bahnlinie wurde in dieser Zeit fortgesetzt und 1894 abgeschlossen. Aufgrund baulicher Mängel konnte die Strecke aber erst 1907 in Betrieb genommen werden. In Coatzacoalcos und Salina Cruz wurden Hafenanlagen errichtet. Die Eisenbahn florierte nur sieben Jahre lang, bis 1914 der Panamakanal eröffnet wurde. Das Geschäft ging nach 1914 stark zurück, wozu auch die mexikanische Revolution und der

Ausbruch des Ersten Weltkriegs beitrugen. Bis weit in die 1950er-Jahre hinein wickelte die Bahn einen beträchtlichen Personenverkehr ab, war aber nicht mehr für den Güterverkehr von Bedeutung. Auch heute profitieren die USA von der Strecke; die Kansas City Southern gilt als gesetzte Kandidatin für eine Betreiberkonzession der Bahnstrecke. Sie kontrolliert bereits jetzt einen Großteil des Gütertransportes auf mexikanischen Schienen.

Im Jahr 2020 wird das Projekt vom mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador wiederbelebt. Geplant ist der Ausbau der beiden Küstenhäfen, Modernisierung und Zweigleisigkeit der bisher nur eingleisigen 308 Kilometer langen Bahnstrecke. Ausbau der parallel zur Bahn verlaufenden einspurigen Bundesstraße M-185 sowie Instandsetzung der zubringenden Landstraßen. Bau einer Gaspipeline. Dazu als wesentlicher Bestandteil die Ansiedlung von insgesamt zehn Industrieparks. Die gezielte Ansiedlung von Fabriken und Bergbau verschmutzen den Boden und bedrohen die Versorgung des Volkes mit ausreichend und sauberen Trinkwasser. Die Ausbeutung der Bodenschätze hatte bisher logistische Grenzen. Die Industrieparks sollen wie die Freizonen an der mexikanischen Nordgrenze funktionieren: reduzierte Mehrwert- und Unternehmenssteuern. Ein wahres Geschenk also an all die ausländischen Unternehmen, die jetzt wie Heuschrecken über das Land und seine Bevölkerung herfallen können. Sie sind teils auf die Migrationsrouten abgestimmt. Neben der einheimischen Bevölkerung stehen so auch Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte zur Verfügung. Die Aufsicht über den Interozeanischen Korridor und die Verwaltung der Häfen wird Aufgabe des Marineministeriums sein, dem mexikanischen Militär werden so immer mehr „zivile“ Aufgaben zugewiesen. In dem Kontext passt es auch, dass der neue Generaldirektor des CIIT der Vizeadmiral Raymundo Pedro Morales Ángeles ist und in den USA an der National Defence University studiert hat.

REPRESSION UND TERROR! WIE DER ALTE MEXIKANISCHE STAAT DAS VOLK SCHIKANIERT

Der Krieg, den der alte mexikanische Staat gegen das Volk führt, verschärft sich. Betroffen sind die Arbeiter, Bauern und die Volksbewegungen, die

heldenhaften Widerstand leisten gegen die imperialistischen Megaprojekte am Isthmus von Tehuantepec. Um nur einige Beispiele zu nennen: In Michoacán sind die Genossen Ricardo Lagunes Gasca und Antonio Díaz Valencia, ersterer ein demokratischer Anwalt und letzterer ein Gemeindeführer, die sichtbar an der Spitze des Widerstandes gegen das Bergbauprojekt „Las Encinas“ standen, verschwunden. Die willkürliche Verhaftung von David Hernández Salazar am 17. Januar, der von Ermittlungsbeamten in Tehuantepec festgenommen und für mehrere Stunden ins Gefängnis gebracht wurde, weil er sich dem Bau eines Industriegebiets für den CIIT widersetzt hatte. Schikanen gegen Bauern und Gemeindeführer, die Bahngleise blockierten, nachdem sie Arbeiter des Unternehmens, das die Arbeiten durchführt, vertrieben hatten. Am 26. Januar traf die mexikanische Marine ein, um die Bevölkerung einzuschüchtern, was zu neuen Protesten führte. Am 29. Januar kamen bewaffnete Söldner an Bord von 10 Pick-ups in die Gemeinde Rincón Tagolaba, rissen Pfosten und Zäune der Häuser nieder, schossen in die Luft und steckten die Besitztümer der Bevölkerung in Brand, zerstörten Anbauflächen und schnitten Trinkwasserschläuche durch. Der dreckige Söldner „Tacho“ Canasta und sein Bruder Sergio Gutiérrez führten den Angriff mit dem Ziel, die Bevölkerung einzuschüchtern, um die Ländereien der Gemeinde zu übernehmen und dann mit dem CIIT zu verhandeln. Erst Stunden später traf die Nationalgarde ein, unternahm aber nichts. Am 8. Februar begann auch der Prozess gegen einen Genossen, der in Santa Cruz Tagolaba den Widerstand gegen den CIIT entwickelt hat. Viele der Ländereien in der Region sind noch Gemeindefeld, also Land, das gemeinschaftlich bestellt wird, und dem ganzen Dorf gehört. Die Entfaltung dieser Projekte bedroht die Lebensweise der Bevölkerung, und bringt dem Volk nicht als Vertreibung, Tod und Umweltzerstörung.

DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS, AUCH EIN PROFITEUR IN MEXIKO?!

Wie das Auswärtige Amt schreibt: „Für Deutschland ist Mexiko der wichtigste Handelspartner in Lateinamerika. In der Europäischen Union ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Mexikos, das Handelsvolumen belief sich 2021 auf über 20 Milliarden Euro (2020: 19 Mrd. Euro). Deutsche Ausfuhren nach Mexiko betragen 13,2 Mrd. Euro. Mexikanische Ausfuhren nach Deutschland lagen bei 7,7 Mrd. Euro. [...] Knapp 2.100 Firmen mit deutscher

Beteiligung sind im mexikanischen Wirtschaftsministerium registriert.“ Deutschland und Mexiko haben eine enge wirtschaftliche Verbindung, zum Nachteil Mexikos, das ist bezeichnend für das Verhältnis zwischen imperialistischer (BRD) und unterdrückter Nation (Mexiko). Firmen wie Liebherr und Co. sind dort als Teil der „German-Center“ ansässig. Deutschland profitiert massiv vom Export mexikanischer Rohstoffe, und wird auch vom interozeanischen Korridor profitieren!

Die Arbeiter in der BRD müssen sich solidarisch zeigen mit den kämpfenden Bauern und den Volksbewegungen, wie der Volksströmung Rote Sonne. Auch in der BRD müssen wir den Protest entfalten, und derartige Projekte beziehungsweise den Terror, den die mexikanische Regierung gegen das Volk entfaltet, denunzieren. Der mexikanische Staat hat ein Interesse daran, dass diese Dinge nicht gesehen werden und er agieren kann, wie er will. Durch die öffentliche Meinung gegen diesen Terror bindet man ihnen die Hände. Wenn sie genau wissen, dass Menschen zuschauen, außerhalb Mexikos, sogar außerhalb Lateinamerikas, dann überlegen sie sich zweimal, ob sie ein Massaker begehen wollen oder nicht. Die Kundgebung des Bündnis gegen imperialistische Aggression (BgiA) in Hamburg war eine gute Initiative. Und die Genossen in Mexiko sehen das! So schrieben sie in einem Bericht: „Die Mobilisierung in Hamburg in Solidarität mit den armen Bauern in Mexiko und Brasilien spiegelt einen hohen internationalistischen und proletarischen Geist wider, den wir anerkennen und begrüßen.“ Nur wenn die Arbeiter und Völker der Welt zusammen kämpfen, die Zusammenhänge der Unterdrückung verstehen und demaskieren, dann können sie dieses System von Blutsaugern vom Angesicht der Erde fegen. •



Mexikanische Marine in Oaxaca

SILVESTER 2022: ES KNALLT IN DER BRD, UND WIEDER WIRD GEGEN MIGRANTEN GEHETZT

Das alte Jahr geht zu Ende, und das neue beginnt mit einem Knall! Doch kaum ist der Rauch verfliegen, da überbieten sich die Herrschenden auch schon gegenseitig in ihren Forderungen nach Vergeltung. Klar benannt werden müsse, wer die „Täter“ seien, und harte Strafen müsse es geben. Aber noch mal zurück, was war überhaupt passiert? Nachdem es die letzten zwei Jahre ein Böllerverbot gab, natürlich gerechtfertigt mit der Pandemie im Zuge des allgemeinen Ausnahmezustandes, war es absehbar, dass es dieses Jahr knallt. Vor allem Jugendliche zielten deshalb auf alles, was irgendwie nach Staat aussah. Die Bullen waren da als Ziel natürlich besonders beliebt, aber auch Feuerwehr und Rettungssanitäter wurden beschossen. Wer jetzt meint, Einsatzkräfte zu bewerfen, dass gehe gar nicht, sollte bedenken, dass an Silvester auch so gut wie jeder andere zum Ziel werden kann, wenn er zur falschen Zeit am falschen Ort ist. Die Wut der Böllerwerfer auf den Staat ist hier nicht das Problem, im Gegenteil, sie ist gerechtfertigt! Das Problem besteht eher darin, dass diese manchmal nicht die richtigen trifft. Interessanter ist daher der Reflex mit dem die bürgerliche Presse, und wie die Repräsentanten des bürgerlichen Staates, samt ihres akademischen Gefolges, auf dieses Phänomenen reagieren. Denn Schuld sind mal wieder „die Ausländer“!

EINS, ZWEI, DREI, VIELE MIGRANTEN? EINE VERLOGENE DEBATTE!

Den Beleg dafür soll die Berliner Polizei dann liefern, die laut einer Statistik 148 „Straftäter“ festgenommen hat: Unter diesen Festgenommenen gebe es 18 verschiedene Nationalitäten, nur 45 hätten eine deutsche Staatsangehörigkeit, und schon geht die Debatte los. In die völlig falsche Richtung. Diskutiert wird jetzt nicht mehr, welche Gründe Menschen haben, Böller auf Einsatzkräfte zu schmeißen, sondern, wie „deutsch“ oder „nicht-deutsch“ diese sind. Blöd nur, dass das Märchen vom „unintegrierten“ böllerwerfenden Migranten sofort Risse bekommt: gab schon die erste Statistik die Behauptung nicht her, das Problem seien „Ausländer“, tut es die zweite

umso weniger. Denn wie die Berliner Polizei kurze Zeit später korrigiert, seien nur 38 der insgesamt 148 festgenommenen Personen im Zusammenhang mit Feuerwerk verhaftet worden, und von diesen haben nun mal zwei Drittel die deutsche Staatsangehörigkeit, sind also „Deutsche“. Der CDU fällt daraufhin nichts besseres ein, als im Bundestag eine Anfrage nach den Vornamen der 38 Täter zu stellen. Ganz im Sinne der „Rassifizierung“ nach Namen, genau wie einst die deutschen Faschisten. Für die Union ist klar, wer „Ali“ oder „Mohammed“ heißt, der kann kein „Deutscher“ sein. Damit stellt sich die Union auch gegen das Grundgesetz, in dem klar geregelt ist, wer „deutsch“ ist und wer nicht, und macht sehr eindrücklich klar, dass man als Migrant in Deutschland eben ein Mensch zweiter Klasse ist, immer unter Verdacht, hier nicht hin zu passen, irgendwie falsch zu sein, und zwar egal, wie gut man sich „assimiliert“. Das Versprechen des Staates *„assimiliert‘ euch und ihr bekommt hier ein gutes‘ Leben“*, beziehungsweise die Chance darauf, ist eben nichts weiter als eine dreiste Lüge. Als wäre das alles noch nicht genug, kommt dann heraus, dass auch in Sachsen Leute Einsatzkräfte, vor allem Bullen mit Böllern beworfen haben, diesmal begleitet von „Sieg Heil“-Rufen. Haben sich die „Deutschesten der Deutschen“ etwa auch des schweren Verbrechens der Böllerwerferei schuldig gemacht? Spätestens jetzt ist also klar, was die ganze Zeit klar war: Ob man Bullen und Co. gerne mit Feuerwerk beschießt, hat nichts mit Herkunft oder Kultur zu tun!

JUGENDGIPFEL, RACHEGELÜSTE UND GESETZ- VERSCHÄRFUNGEN

Die erste Reaktion einer Franziska Giffey (SPD), Bürgermeisterin von Berlin und bekannt vor allem durch den Eierwurf gegen sie am 1. Mai, ist es dann, die einen „Gipfel gegen Jugendgewalt“ ins Leben ruft. Soziale Arbeit und den Jugendlichen ins Gewissen reden soll den „sozialen Frieden“ wieder kitten. Aber das reiche natürlich nicht: *„Wenn das Verfahren zu lange dauert, dann stehen Tat und Strafe nicht mehr so im engen Zusammenhang. Es ist wichtig, dass wir über beschleunigte Strafverfahren, gerade bei*

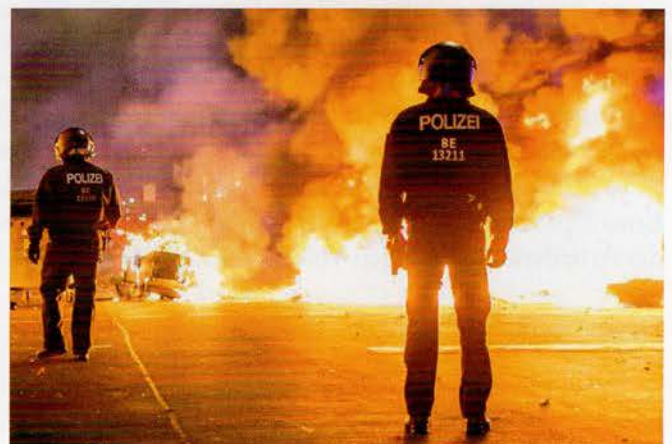
Ersttättern, sprechen“. Die Gewerkschaft der Polizei wittert Morgenluft, und tut das, was sie grundsätzlich immer nach Ereignissen dieser Art tut: mehr Waffen, härtere Gesetze, und vor allem Mitleid und Respekt für die Bullen fordern. Auch Verschärfungen des Strafmaßes für Widerstand und Angriff auf Vollstreckungsbeamte werden gefordert. Das ist tatsächlich so absurd, dass Tobias Singelnstein, seines Zeichens Professor für Strafrecht und Kriminologie an der Goethe-Universität in Frankfurt, abwinkt, es reiche wenn man die bestehenden Gesetze anwende. Kein Wunder, bekommt man ja jetzt schon bis zu 10 Jahre Haft, wenn man einem Bullen auch nur am Trikot zupft, während er einem die Fresse poliert. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) fordert nicht nur ein hartes Vorgehen gegen die „Täter“, sondern nutzt die Ereignisse auch, um öffentliche Meinung zu schaffen für die von ihr angekündigte Verschärfung des Waffenrechts sowie des Sprengstoffgesetzes. Und während die chauvinistische Hetze und Spalerei aus allen Blättern und Bildschirmen der bürgerlichen Medien fließt, „bemüht“ sie sich, zu bremsen – in Neukölln vor allem betroffen, also Opfer, wären ja auch Migranten. Und so geht sie, die Spaltung in „gute“ und „schlechte“ Migranten!

Besonders hervor sticht hier also nicht nur die Forderung, das Strafmaß vollständig auszuschöpfen, sondern auch, die Gesetze zu verschärfen. Gefordert wird dies vor allem von Repräsentanten der Exekutive, also der ausführenden Gewalt, wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), oder Vertretern der Legislative (gesetzgebende Gewalt), auch die sogenannte Opposition, die CDU fordert ein hartes Vorgehen. Hier zeigt sich die weitere Auflösung der Gewaltenteilung, denn das ist, wie sie Druck ausüben auf die Gerichte. Während der Pandemie waren die einzige ernsthafte Opposition in diesem Land die Gerichte, die die Maßnahmen der Exekutive wieder einkassierte, wenn diese eine zu starke Einschränkung der Grundrechte darstellten. Beispielsweise die von „Querdenken“ angemeldete Demonstration in Leipzig. Nach einer Eilentscheidung des sächsischen Obergerichtes durfte die Demonstration im Stadtzentrum stattfinden. Anschließend gab es eine massive mediale Kampagne, in der zahlreiche Personen aus Exekutive und Gesetzgebung die Justiz für die Entscheidung kritisierten. Eine ähnliche Demonstration in Bremen wurde dann verboten, und das Verbot mithilfe eines massiven Polizeiaufgebotes durchgesetzt.

MERZ SCHIESST DEN VOGEL AB, LANZ UND CO. SCHWEIGEN

Die Aufarbeitung des großen Silvestertraumas findet dann bei Markus Lanz statt, der Therapiesitzung der „deutschen Nation“, wo alle Probleme, die der deutsche Imperialismus so hat, auf den Tisch kommen. Da sitzt dann ein Friedrich Merz (CDU), redet von Leuten, die in Deutschland nichts zu suchen hätten, Abschiebung, und Eltern „kleiner Paschas“, die es sich verbitten würden, wenn Lehrer ihre Kinder zur Ordnung rufen. Nebenbei fordert er die permanente militärische Besetzung der Arbeiterviertel durch die Polizei. Soziologe El-Mafaalani hat dem leider nicht besonders viel entgegenzusetzen: „*Sie reproduzieren hier so ein bisschen Stereotype.*“ Ein wenig differenzierter als Merz zwar, ist er sich ja doch im Kern mit den anderen einig, die BRD ist ein prima Staat, der Chancen bietet, und wer sich nicht an die Regeln hält, diese Gesellschaft blöd findet, oder noch schlimmer – etwas ändern möchte, gehört eingemacht und abgeschoben. Lanz fragt, wie es denn sein könne, dass alle diese „Täter“ am nächsten Tag wieder auf freien Fuß seien. Aber leider erbarmt sich keiner der Anwesenden und erklärt ihm, wie ein Strafverfahren im „Rechtsstaat“ funktioniert.

Wir dürfen dieses dreckige Spiel der Herrschenden nicht mitspielen, uns nicht spalten lassen in „gute“ und „schlechte“ Ausländer, Deutsche oder was auch immer. Die Arbeiter aller Länder haben ein gemeinsames Interesse, und die chauvinistische Hetze der deutschen Imperialisten muss entschieden zurückgewiesen werden. Die Rebellion ist gerechtfertigt! Sind die Arbeiter erst vereint, dann bekommen die Herrschenden ganz andere Probleme als ein paar Silvesterraketen. •



FLUGBLATT DES RFK ZUM 8. MÄRZ

Frauen kämpft und wehrt euch:

Gegen die Teuerungswelle und Militarismus!

Am diesjährigen 8. März – dem internationalen Frauenkampftag – dauert der Angriffskrieg des russischen Imperialismus auf die Ukraine schon etwas über ein Jahr. Seitdem er begann, hat sich die Situation der Arbeiterklasse und des Volkes in diesem und allen anderen Ländern der Welt massiv verschlechtert. Eine Teuerungswelle hat die Lebenshaltungskosten in allen Bereichen explodieren lassen, zusammen mit einer so hohen Inflationsrate, die es seit dem zweiten Weltkrieg in Deutschland nicht gab und die unseren Lohn auffrisst, bevor wir ihn ausgeben können. Egal, was die Imperialisten versuchen, sie bekommen die Wirtschaftskrise, die sich seit den letzten Jahren entfaltet, nicht in den Griff. Jedes Mal verschlimmert sich die Situation nur, und sie wird auf unsere Schultern, die der Arbeiterklasse und des Volkes, abgeladen. Das einzige, was ihnen gelingt, ist der Beweis, dass ihr System – der Imperialismus – uns nicht versorgen und ernähren kann und dass er ein sterbendes System ist.

Gleichzeitig nimmt der Kampf der Imperialisten untereinander zu. Nicht erst seit dem Krieg gegen die Ukraine betreiben sie immer mehr Militarisierung und rüsten sich für mehr Kriege. Doch seit dem Beginn des Krieges geht es immer schneller voran, unter der Vorherrschaft des US-Imperialismus rüsten immer mehr Mitgliedsländer der NATO auf. Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt und perspektivisch noch mehr sollen in die Aufrüstung der NATO-Mitglieder fließen. Auch der deutsche Imperialismus und sein jetziger höchster Vertreter, der Gangster Olaf Scholz, betreiben immer mehr Militarismus. 100 Milliarden Euro konnte er mit einem Handschlag locker machen, um die Bundeswehr in den kommenden Jahren aufzurüsten; und schon jetzt schreien die Kriegstreiber nach mehr Geld. Der deutsche Imperialismus will in der obersten Liga mitspielen und dafür braucht er ein starkes Militär. Gleichzeitig werden in vielen anderen Bereichen Gelder gestrichen, werden Einsparmaßnahmen vorbereitet und durchgeführt: Kita, Schule, Krankenhäuser, Pflege, Wohnraum und vieles mehr werden schlechter, weniger, teurer. Ebenso werden auch die Polizei und andere Sicherheitsbehörden immer weiter aufgerüstet, mit mehr Befugnissen ausgestattet; und dabei bricht der deutsche Imperialismus auch schon Mal seine eigene Verfassung. Warum? Weil er für eine weitere Front rüstet, die „Heimatfront“. Denn sie wissen, dass gegen ihr verrottetes System der Ausbeutung und Unterdrückung rebelliert werden wird, so wie es heute schon immer wieder im kleinen Ausmaß passiert. Sie rüsten auf gegen ihren inneren Feind. Sie rüsten auf gegen uns, die Arbeiterklasse und das Volk in diesem Land.

Gegen Imperialismus und Patriarchat!

All das, die Teuerungswelle, die sinkenden Reallöhne, die schlechte Versorgung mit Kita, Krankenhaus und vielem mehr, trifft die ganze Arbeiterklasse, aber es trifft die Frauen der Arbeiterklasse noch mehr, denn wir sind unterdrückt und ausgebeutet vom Imperialismus und vom Patriarchat. Überall auf der Welt ist das die Situation, in der die Frauen der Arbeiterklasse und der Völker leben. Darum haben wir doppelten Grund, uns gegen dieses System zu erheben und unseren Zorn dagegen zu entfesseln. Die Imperialisten wissen das, darum versuchen sie, unseren Kampf zu bremsen, ihn in zahnlosen Protest zu verwandeln, in für das System ungefährliche Bahnen zu lenken, und sie versuchen, uns zu spalten mit ihrer verrotteten und reaktionären Ideologie. Sie soll uns daran hindern, uns mit unseren Klassenbrüdern und -schwestern aller Länder zu vereinen und unseren Kampf in einem gewaltigen Sturm gegen den Imperialismus und das Patriarchat zu entfesseln. Stattdessen soll jede für sich selber oder ihr angebliches Grüppcheninteresse eintreten. Das ist nicht der Weg der Frauen der Arbeiterklasse, ist nicht unser Weg! Das Patriarchat kann nur zerstört werden, wenn seine ökonomische Grundlage zerstört wird: das Privateigentum, heute der Imperialismus. Dafür braucht es eine proletarische Frauenbewegung, geführt von der Vorhut der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei. Und sie muss eng verbunden sein mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten auf der ganzen Welt. Denn nur im Kommunismus gibt es kein Privateigentum mehr, nur im Kommunismus kann die Emanzipation der Frau Realität werden. Darum kämpfen wir auch an diesem 8. März Seite an Seite mit den Frauen der Arbeiterklasse und den Völkern aller Länder für eine leuchtend rote Zukunft.

Hinein in die proletarische Frauenbewegung!

„GIRLS'DAY“ – CHANCE ODER FASSADE?

Jeden Frühling steht für junge Schülerinnen und Schüler ein Tag Berufserfahrung Schnuppern auf dem Plan. Seit langem ist der Girls'Day fester und regelmäßiger Bestandteil der Schullaufbahn von Mädchen. An diesem Tag versuchen unterschiedliche Institutionen des Staates unter Beweis zu stellen, wie „gleichberechtigt“ Männer und Frauen in Deutschland sind, in dem Sinne, dass die bestehenden „Differenzen in der Berufswahl“ Stück für Stück überwunden werden könnten. Der Girls'Day soll zeigen, dass Frauen in Deutschland alle Türen offen stehen, und lässt die Schülerinnen dafür einen Tag mal in Berufen, die durch männliche Arbeiter geprägt sind, „Erfahrung sammeln“.

Der Tag erfüllt auf der einen Seite einen gewissen Zweck für die Wirtschaft, denn wo es nicht ausreichend Arbeitskräfte in „Männerberufen“ gibt, wie z.B. in vielen handwerklichen Gewerben, müssen auch mehr Frauen angeworben werden. Aber die Stellung der Frau, durch den Imperialismus und das Patriarchat ausgebeutet zu sein, will die herrschende Klasse beibehalten, und dementsprechend soll die Frau weiter für die Reproduktionsarbeit zuständig sein und fällt damit für viele Vollzeitberufe raus. Stattdessen öffnet die neue Regierung, wie im Koalitionsvertrag an Dutzenden Stellen festgehalten, den Minijob-Beschäftigungen alle Tore. Und hier sollen – als variable und schlecht bezahlte Arbeitskraft – in erster Linie Frauen, insbesondere Mütter, die Reihen schließen.

Die andere Seite des Girls'Day ist dementsprechend nichts als eine Fassade, die die angeblich „emanzipierte“ Stellung der Frau in der BRD propagandisieren und die Ursache für ihre doppelte

Ausbeutung verdecken soll. So kommt es dann auch, dass die Umsetzung der Angebote am Girls'Day, dass Mädchen sich tatsächlich in von Männern dominierten Berufen umschaun, nicht wirklich ernst genommen

wird. In den meisten Schulen ist es den Kids und Jugendlichen am Ende selbst überlassen, was sie wählen, und natürlich wählen sie das, was sie kennen und am liebsten wollen. Kein Wunder, so etwas wie einen allgemeinen Berufsbildungstag gibt es ja an den allerwenigsten Schulen. Und ein Großteil interessiert sich offensichtlich berechtigterweise auch überhaupt nicht für den Girls'Day, weil sie darin kein Angebot für sich sehen. So ist die praktische Erfahrung mit dem Girls'Day dann so etwas wie, dass die Tochter des Vorarbeiters auf der Baustelle auftaucht und einen Tag lang neben ihm im Container sitzt und seine Süßigkeiten isst, während er herumtelefoniert und am Computer tippt.

Und die wenigen Schulen, die andererseits dafür „Sorge tragen“, dass das Konzept vom Girls'Day so umgesetzt wird, wie es gedacht ist, sind die besser ausgestatteten Schulen in reicheren Gegenden, die in erster Linie von Kindern aus wohlhabenderen Verhältnissen besucht werden. Für die Mädchen, die von dort aus ein Girls'Day-Praktikum in einer KFZ-Werkstatt machen, stehen später eher ein technisches Studium und ein Bürojob bei einem großen Autoproduzenten an als 40 Jahre unter der Motorhaube zu schrauben. Natürlich gibt es auch seit langem schon den Boys'Day als Gegenstück. Hier sollen natürlich die Jungs in „Frauen“berufe, und natürlich ist die Umsetzung davon ähnlich erfolgreich wie beim Girls'Day.

Ob Girls'Day oder nicht, die Ausbeutung und Unterdrückung der Frau durch das Patriarchat geht weiter und lässt sich auch nicht durch eine formale Gleichstellung im Gesetz wegzaubern. Wer als Eltern von jungen Mädchen eine bessere Zukunft für

die Kinder will, sollte keine Hoffnungen in den Girls'Day setzen, sondern am 8. März, dem Internationalen Frauentag, gemeinsam mit ihnen auf die Straßen gehen! •



GEHT BEI DER POST DIE POST AB? VER.DI'S TARIFVERHANDLUNGEN MIT DER DEUTSCHEN POST



In der Nacht zum 20. Januar legten Arbeiter bei der Deutschen Post, wie im Bild oben, während eines Warnstreiks ihre Arbeit nieder. Sie folgten damit einem Streikaufruf der gelben Gewerkschaft ver.di. Diese fordert in Tarifverhandlungen mit der Deutschen Post AG eine Entgelterhöhung von 15 Prozent für 160.000 Tarifbeschäftigte, sowie eine Erhöhung der Vergütung der Auszubildenden und dual Studierenden um 200 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Doch die Interessen der Arbeiter vertritt sie damit nur ungenügend.

Als Grundlage für die Tarifforderungen nahm die Dienstleistungsgewerkschaft eine Mitgliederbefragung unter den Arbeitern der Deutschen Post AG vor, die vom 17. Oktober bis zum 15. November 2022 stattfand und an der sich insgesamt 43.139 Mitglieder beteiligten. Zum 31. Dezember 2022 wurde die Entgelttabelle von ver.di gekündigt. Das Ergebnis der Befragung war, dass nicht nur ein Inflationsausgleich

erwartet wurde, sondern auch eine darüber hinausgehende Entgeltsteigerung.

Von den 160.000 Tarifbeschäftigten der Deutschen Post AG sind 140.000 in die Entgeltgruppen 1 bis 3 eingruppiert, was einem Monatslohn von 2.108 bis 3.090 Euro brutto entspricht. Ver.di macht nur das Mindeste: Für einen Lohn kämpfen, der unbedingt nötig ist, um den Teuerungen der vergangenen Monaten zu entgegnen. Doch der Kampf für das, was darüber hinausgeht, dieser wird nicht mit einem Wort in der endgültigen Forderung erwähnt. Das wirkt besonders zynisch, wenn man in seine Pressemitteilung schreibt *„Die ver.di-Kolleg*innen wissen: Es braucht gutes Geld für gute Arbeit. Die gute Arbeit leisten sie schon, jetzt wollen sie das gute Geld noch erkämpfen.“*

Wie ver.di selbst ganz richtig festgestellt hat – die Post hat in nicht nur im letzten Jahr 2022 einen Rekordgewinn von etwa 8,4 Milliarden Euro erzielt.

Auch schon im Vorjahr erreichte das Unternehmen einen Gewinn von 5,1 Milliarden Euro. Die billige Ausrede, dass man den Lohn der Arbeiter nicht einmal der Inflationsrate anpassen könne, da der Gewinn größtenteils international erzielt wurde, ist unannehmbar. Die Deutsche Post AG hat bisher kein Verhandlungsangebot vorgelegt, und die Positionen der Gewerkschaft und des Unternehmens lagen wohl weit auseinander. Sollte ver.di hier „Kompromisse“ machen, die unter die jetzigen Minimalforderungen gehen, ist das ein Schlag ins Gesicht für die Arbeiter. Man erinnert sich an die mickrigen insgesamt fünf Prozent, die ver.di im September 2020 herausgehandelt hat. Wohlgermerkt, nachdem bereits im März 2020 das Sendungsvolumen rasant angestiegen ist und die übermäßige Belastung der Paketzusteller, im Hinblick auf die kommende Weihnachtszeit, absehbar war. Dieses hohe Arbeitspensum hat sich seitdem eingependelt, doch eine angemessene Entlohnung haben die Arbeiter dafür nicht gesehen.

Nachdem sowohl die erste Tarifverhandlung, am 6. Januar, als auch die zweite, am 18. und 19. Januar, ergebnislos ausgingen, folgte der Aufruf zum Warnstreik. Der Aufruf galt bundesweit allen Brief- und Paketzentren (Verteilzentren), sowie punktuell auch der Paket- und Briefzustellung.

In Berlin und Brandenburg waren es in der Nacht nach der zweiten Tarifverhandlung ungefähr 300 Streikbeteiligte. Die bestreikten Betriebe waren die regionalen Briefverteilzentren in Berlin-Tempelhof, Schönefeld, Stahnsdorf und Hennigsdorf sowie die Paketzentren Rüdersdorf, Börnicke und Ludwigsfelde. Im Zeitraum vom 19. Januar bis zum 21. Januar beteiligten sich bundesweit insgesamt 30.000 Arbeiter an dem Warnstreik. Am Streik, der am 26. Januar begonnen hat und am 27. Januar endete, beteiligten sich schon 42.000 Personen. In Berlin und Brandenburg wurde der Streik sogar bis zum 28. Januar ausgeweitet. Infolgedessen blieb, laut einem Postsprecher, bundesweit fast jedes fünfte Paket und knapp jeder zehnte Brief nicht zugestellt. Laut den Erkenntnissen des Konzerns folgte rund ein Drittel der Beschäftigten dem Aufruf. Das Unternehmen versprach den Kunden, dass die liegengebliebenen Pakete bis zum folgenden Dienstagabend zugestellt werden. Der Sprecher erklärte, dies sei möglich, weil bei vorherigen Streiks schon „Strukturen“ entwickelt wurden, um diese ausgefallenen Sendungen nachzuholen. Es wurde berichtet, dass im Zuge dessen

ein erhöhtes Aufkommen an Überstunden registriert wurde.

Der Konzern machte die Ankündigung, dass bei der nächsten Verhandlungsrunde, die am 08. Februar beginnt, ein Verhandlungsvorschlag vorgelegt werden würde. Ein weiterer Streik sei hier „*letztlich zu Lasten unserer Kundinnen und Kunden*“, erklärte das Unternehmen. Hier wird ganz gezielt versucht, die streikenden Arbeiter zu verteufeln und die Notwendigkeit des Streikes in den Augen anderer Arbeiter, abzustreiten. Die Arbeiterklasse wird gespalten. Dieses „Phänomen“ war auch schon in der Vergangenheit zu beobachten, beispielsweise bei den Streiks der Arbeiter der Deutschen Bahn. Immer wieder hörte man, wie sich darüber beklagt wurde, dass die Bahn nicht kommt. Im Falle des Poststreiks wurde gemeckert, dass ein wichtiger Brief, ein Päckchen nicht pünktlich da ist. Doch die Folge, wenn man die Aussage des Unternehmen übernimmt, ist, dass der Plan dieser Scharlatane aufgeht, und wir uns als Arbeiterklasse, mit unseren gemeinsamen Problemen nicht vereinen lassen. Denn nicht der einzelne Paketbote ist Schuld daran, dass er täglich 180 Kunden und 300 Päckchen bewältigen muss. Oder dass Arbeitskräfte fehlen, weil die Bezahlung der Arbeit in keiner Weise angemessen ist, und es somit zu Zustellungsausfällen kommt. Sondern eben die Deutsche Post ist Schuld, die auf dem Rücken dieser Leute Milliarden-Gewinne macht, und dann nicht mal genug zahlen will, damit sie sich und die Familie versorgen können. Es hat an dieser Stelle also keinen Platz, sich über einen ausgefallenen Zug oder eine ausgefallene Paketzustellung zu beschweren. Wie es aus dem oben beschriebenen herausgeht, ist es richtig und notwendig, dass die Streiks passieren, und das muss unterstützt werden. Die steigenden Teilnehmerzahlen bei den Streiks und auch die ursprünglichen Forderungen, für die bei der Befragung gestimmt wurden, zeigen, dass es den organisierten Arbeitern nicht an Drang nach Verbesserung fehlt. •

ASKLEPIOS-KLINIKEN: KEINE BUTTER BEI DIE FISCHE



Ende Januar zierte eine Schlagzeile die Titelseiten der Lokalzeitungen in Hamburg. Der „Skandal“: Die Hamburger Asklepios-Kliniken streichen für gesetzlich Versicherte ab sofort die Butter vom Speiseplan und ersetzen sie durch Margarine. Der Grund dafür sind laut dem Asklepios-Krankenhaus-Konzern die Inflation und die damit einhergehenden steigenden Preise – es muss gespart werden. Rund 330.000 Euro wollen die Hamburger Asklepios-Kliniken mit dem Streichen der Butter jährlich einsparen. Insgesamt rissen die Preissteigerungen und die Inflation – höhere Ausgaben für Logistik, Einkauf und Energie – allerdings ein Loch von 2,6 Millionen Euro in den Haushalt des Konzerns. Die Streichung der Butter vom Speiseplan kann also nur die Spitze des Eisbergs der Kosteneinsparungen sein, die Asklepios in naher Zukunft vornimmt. Vor allen Dingen offenbart sie das „Zweiklassensystem“ in Sachen Versicherung, denn diejenigen, die genug Geld für eine private Krankenversicherung haben, dürfen neben allen anderen Vorzügen natürlich auch weiter Butter auf ihrem Brot genießen. Es ist aber offensichtlich, dass der Asklepios-Konzern das Problem nicht löst, indem er den Kassenpatienten die Butter vom Brot nimmt. Die Frage, die sich stellt, ist – was macht Asklepios noch, um die Mehrkosten wieder reinzuholen?

Matthias Eberenz – Sprecher der Hamburger Asklepios-Kliniken – begründet die Maßnahme seines Konzerns mit folgender Aussage: *„Butter ist für den Behandlungsprozess und den Genesungserfolg nicht von Relevanz.“* Und in der Tat ist Butter dafür nicht von Relevanz. Einsparungen, die Asklepios an anderen Stellen tätigt, getätigt hat und tätigen wird, allerdings schon. Der Krankenhaus-Konzern sorgte schon in der Vergangenheit für den ein oder anderen Eklat, und die Geschichte von Asklepios ist regelrecht geprägt von Schweinereien gegen Patienten und Beschäftigte. In einem Buch, das ein ehemaliger Chefarzt von Asklepios 2016 unter dem Titel *„Die Krankenhausverdiener“* veröffentlichte, wird mit dem Konzern abgerechnet. Wie der Titel des Buches vermuten lässt, geht es in erster Linie um die unersättliche Profitgier von Asklepios. An allen Ecken und Enden wird gespart. Von Ärzten und Pflegekräften über das Reinigungspersonal bis zum Material. Stationen, die nicht lukrativ sind, werden legal oder illegal geschlossen oder konsequent und kalkuliert unterbesetzt. Das oberste Gebot lautet so billig wie es nur geht. Das bedeutet zwei Dinge: erstens eine massive Ausbeutung der Arbeiter und zweitens eine schlechte Behandlungs- und Pflegequalität, was letzten Endes auf Kosten der Patienten geht. Das alles, während der Konzern profitiert und mittlerweile einen Gewinn von bis zu 200 Millionen Euro jährlich einfährt.

Um einige Beispiele zu nennen: In einer Asklepios-Klinik in Parchim verstarb vor einigen Jahren ein Kind aufgrund von Unterbesetzung, die die Folge von Sparmaßnahmen war. Im Asklepios-Klinikum in St. Georg strich der Konzern 2020, mitten in der Hochzeit der Pandemie, Stellen bei den Reinigungskräften. Das führte dazu, dass Krankenpfleger auf der Intensivstation zusätzlich Putzen mussten. Mehrarbeit, die auf die Schultern der Kollegen abgeladen wurde, während Reinigungskräfte ihre Jobs verloren und Schwerkranke reihenweise an Covid-19 starben. Das ist die Situation, die in deutschen Krankenhäusern herrscht.

Mit Blick auf die kommende Zeit, die weiterhin von der ökonomischen Krise des imperialistischen Systems, von massiver Inflation und hohen Preissteigerungen geprägt ist, werden auch weitere Maßnahmen in den Krankenhäusern und damit auch bei Asklepios folgen. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Konzern nicht seine Profite antasten wird, sondern alles versucht, um die neuen Sparmaßnahmen auf die Arbeiter und die Versorgung der Patienten abzuwälzen. Denn in Zeiten der Krise starten die Herrschenden einen Angriff auf unsere Rechte, unsere Arbeit, unseren Lohn. Sie versuchen, uns zu nehmen, was in der Vergangenheit mühsam erkämpft wurde. In den Krankenhäusern bedeutet das entweder mehr Ausbeutung der Arbeiter, mehr Arbeit, längere Schichten, weniger Lohn – oder aber eine schlechtere Versorgung der Patienten und einen Angriff auf die Gesundheitsversorgung des Volkes, oder eben beides gleichzeitig.

Bislang hat der Asklepios-Konzern noch keine weiteren Sparmaßnahmen beschlossen oder ist damit zumindest noch nicht an die Öffentlichkeit getreten. Laut Berichten, die wir erhalten haben, stehen aber Pläne im Raum, Stellen im Bereich des Patiententransports zu streichen. Der Patiententransport ist in Kliniken dafür zuständig, die Patienten innerhalb des Krankenhauses von A nach B zu bringen oder Betten, Rollstühle, Tragen, medizinisches Gerät etc. dahin zu bringen, wo es gebraucht wird. Eine Aufgabe, die schon jetzt häufig an den Pflegern hängen bleibt, da dieser Bereich gern vernachlässigt wird. Noch mehr Stellenstreichungen würden also zu noch mehr Arbeit und damit noch mehr Ausbeutung der Krankenpfleger führen. Zu dem Vorhaben von einer bundesweiten Gesundheitsreform, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) plant, würden die Streichungen allerdings gut passen.

Denn in Lauterbachs Reform ist vorgesehen, dass Operationen künftig vermehrt ambulant statt stationär durchgeführt werden sollen. Statt die Patienten gut zu versorgen, sollen Patienten in Zukunft wie am Fließband durch den OP gejagt werden. So versucht Lauterbach, den Personalmangel „auszugleichen“, und gleichzeitig sparen Krankenhäuser Geld, da mehr OP's durchgeführt werden können und weniger Patienten die Betten belegen. Geht die Reform durch, würde auch die Arbeit des Patiententransport in weiten Teilen überflüssig, da eine der wichtigsten Aufgaben ist, die Patienten von der Station in den OP zu bringen.

Die Gesundheitsversorgung ist natürlich nicht losgelöst von der Klassengesellschaft und ihren Gesetzmäßigkeiten. In diesem System, in dem immer der Profit im Vordergrund steht, kann es keine Gesundheitsversorgung geben, die den Bedürfnissen und den Interessen des Volkes gerecht wird. Dennoch hat sich die Situation in den Krankenhäusern in Hamburg in den letzten 20 Jahren kontinuierlich verschlechtert. Im Jahr 2004 wurden die landeseigenen, staatlichen Krankenhäuser des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) an den Asklepios-Konzern verschertelt und damit privatisiert. Der Verkauf erfolgte, obwohl in einem Volksentscheid damals 77 Prozent gegen die Privatisierung stimmten. Auch die 12.000 Angestellten, die die LBK damals hatte, sprachen sich mehrheitlich gegen den Verkauf und die Privatisierung aus. Trotz alledem verkaufte Hamburg an Asklepios. Der Senat machte deutlich, was für eine Farce Volksentscheide sind, erklärte den Volksentscheid kurzer Hand für ungültig und begründete den Verkauf mit notwendigen Modernisierungen, die die Stadt nicht finanzieren könnte. Von 2004 bis heute haben sich die Befürchtungen von der Zeit vor dem Verkauf bewahrheitet. Mehr Sparmaßnahmen, mehr Ausbeutung und immer schlechter werdende Versorgung waren die Folge. Das Geldverdienen stand ab sofort an allererster Stelle, dicke Schwarze Zahlen sollten her, wie bei jedem anderen Konzern. •

ULRICH MÄURER, DROGENHANDEL UND CHAUVINISMUS

Um den Bremer Hauptbahnhof herum wachsen jährlich die Drogengeschäfte, die Anzahl der Überfälle, der Obdachlosen und Drogenabhängigen. Womit sich die Leute, die darauf angewiesen sind, den Bahnhofsvorplatz und Umgebung Tag für Tag zu passieren, in der Regel abgefunden haben, darüber keimt ab und zu im Bremer Landesparlament, der Bürgerschaft, wieder eine Debatte auf. Auch diesen Winter war das der Fall; kein Wunder, schließlich sind im Mai Bürgerschaftswahlen, und einer will dort für eine fünfte Amtszeit als Innensenator kandidieren – Ulrich Mäurer (SPD), der sich besonders mit dem Erfinden von „islamistischen Terrorszenarien“ und seinem frenetischen Hass auf Fußballfans und dem Polizeikostenstreit bundesweit einen Namen gemacht hat. Ende letzten Jahres hat er weitere Schritte in Aussicht gestellt bzw. in die Wege geleitet, um die Sache „jetzt anzupacken“. Das ist grundlegend Teil des Wahlkampfes, in dem die SPD von nun an mehr als „Law&Order“-Partei präsentiert werden soll, um der CDU, die auf „mehr Härte in der inneren Sicherheit“ setzt, in diesen Belangen den Rang abzulaufen und die Stimmen abzufangen. Dass sich groß etwas am Hauptbahnhof ändern wird, glaubt eh keiner. Aber auch existiert das „Bahnhofskonzept“ des Innensenats nicht erst seit gestern.

Die Überwachung des Bahnhofsvorplatzes wurde in den letzten Jahren immens gesteigert. Hochauflösende Kameras in alle Richtungen, deren Preis im fünfstelligen Bereich liegt, sind seit geraumer Zeit an Laternenmasten installiert und können sozusagen jedem in die Westentasche blicken. Damit kann man die Drogenkonsum und mögliche Diebstähle bestens überwachen, genauso aber auch einfache Leute, die dem Staat aus gewissen Gründen unlieb sind. Außerdem findet z.B. der Drogenhandel im Wesentlichen am Rand, außerhalb des Kamerabereichs statt. Mit Corona begann die Polizei, ihre Präsenz am Bahnhofsvorplatz, besonders an den Straßenbahngleisen, zu steigern, führte mehr Kontrollen durch und platzierte sich mit einem Mannschaftswagen, einer „mobilen Wache“, zentral auf dem Platz. Zudem patrouilliert ein Streifenwagen von der Wache, die man von der Rück- auf die Vorderseite des Bahnhofsgebäudes verlegt hat, tagsüber nun dauerhaft zwischen den Straßenbahngleisen und drumherum; weitere Polizisten laufen auf dem Platz herum und

machen Kontrollen. Besonders die „Bekämpfung“ des Drogenhandels lässt durchaus aufstauen. Auch wenn ab und zu mal eine Hanf-Plantage entdeckt wird, läuft der Drogenhandel mehr denn je zuvor. Obwohl die Orte rund um den Bahnhof bekannt sind, werden die Geschäfte dort nur selten von der Polizei gestört.

Was Viele überhaupt nicht mitbekommen, ist, wie am Bahnhofsvorplatz mit migrantischen Arbeitern umgegangen wird. Da die meisten Kriminellen dort ja Ausländer sind, so die Logik, müsse sich die Polizei eben auf Ausländer fokussieren. Und statt zu den Orten zu gehen, wo offensichtlich kriminelle Geschäfte gemacht werden, entwickelt sich die Aktion der Polizei am Hauptbahnhof zu einer großen chauvinistischen Drangsalierung – seit Jahren. Ein migrantischer Arbeiter aus dem Iran erzählt:

„Ich wurde in den letzten zwei Jahren sechs, sieben mal kontrolliert am Hauptbahnhof. Warum muss das immer bei Ausländern sein? Die kommen mit ihrem Streifenwagen, steigen aus und sagen wir müssen dich jetzt kontrollieren, wegen Drogen und so. Sehe ich aus wie ein Drogendealer? Ich arbeite doch, ich habe sogar zwei Nebenjobs, und die behandeln dich wie ein Schwein, weil du nicht von hier kommst.“

Sogar Autos mit ausländischen Fahrern, die an den Hauptstraßen am Bahnhofplatz vorbeifahren, halten die Polizisten regelmäßig an, um sie zu kontrollieren. So berichtet man uns:

„Ich wurde schon mehrmals in meinem Auto am Hauptbahnhof angehalten, für irgendwas mit Drogen. Die sind mir auch schon hinterhergefahren, mit ganz normalem Auto. Einmal war da Polizei in Zivil, in einem ganz normalem VW, die sind mir vom Hauptbahnhof einen Kilometer lang gefolgt, und haben mich dann angehalten, weil ich an einem Stoppschild nicht lange genug gehalten habe. Dann wollten die auch Kontrolle machen wegen Drogen.“

Zivilpolizisten in Zivilautos, die migrantischen Arbeitern durch die Stadt hinterherfahren, um sie zu schikanieren. Das ist offensichtlich Teil von Mäurers Hauptbahnhofskonzept. Unterdessen laufen die Drogengeschäfte meist ungestört fort. Aber das zu verhindern, ist offensichtlich gar nicht im Interesse der Polizei.

NOCH EINMAL ZU SILVESTER

Es ist im Interesse der Bourgeoisie, dass es Drogenhandel gibt. Sie haben ihren Widerspruch zu den Lumpen, die den Stoff herstellen und vertreiben, aber das Geschäft mit den Drogen hilft ihnen, das Volk ruhig zu halten. Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern ein einfacher Fakt. Der Drogenkonsum in den Reihen der Arbeiterklasse ist ein erheblicher Faktor, dass weniger rebelliert wird. Man stellt sich mit Gift zufrieden, anstatt sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren. Doch das ist nur die eine Seite. Die andere ist, dass sie die Drogen auch benutzen, um das Volk in Deutsche und Ausländer zu spalten. Dass die Männer im Hinterzimmer oft auch Deutsche sind, das sieht man nicht, aber dass immer Afrikaner auf der Straße stehen, das weiß jeder. Und es ist wahr, auch das sind Feinde der Arbeiterklasse. Aber nicht wegen ihrer Hautfarbe oder Nationalität. Sondern wegen ihrer Stellung im Klassenkampf, weil sie die Arbeiter aus freier Entscheidung heraus vergiften. Wenn angesichts der Dealer wieder gegen Westafrikaner gehetzt wird, wer spricht dann über die absolute Mehrheit der Hunderttausenden, die Tag für Tag die Drecksarbeit für den deutschen Imperialismus in Logistikfirmen, als Putzkräfte, auf Baustellen etc. machen? Wenn jugendliche Räuber aus Marokko „zu Fahndungszwecken“ auf unzähligen Werbetafeln der Stadt abgebildet und für Hetze gegen Araber benutzt werden, wo finden dann die Millionen Platz, ohne deren schlechter bezahlte Arbeitskraft Deutschland ein riesiges Problem hätte? In diesen Tagen, wo die chauvinistische Hetze zur Spaltung der Arbeiterklasse in Deutschland von allen bürgerlichen Kräften so stark wie lange nicht geführt wird, ist es notwendig, die Parole wieder und wieder zu wiederholen: **Lasst euch nicht spalten! Kämpft und wehrt euch!**

Eine weitere Geschichte schrieben die Behörden Anfang Januar. Im Arbeiterviertel Kattenturm soll es an Silvester laut einer Pressemitteilung der Feuerwehr vom 4. Januar einen Vorfall gegeben haben, bei dem Rettungskräfte auf eine Straßensperre gestoßen seien, dort in einen Hinterhalt gelockt und von Vermummten wild mit Feuerwerkskörpern attackiert worden seien. Dass hierfür indirekt Migranten beschuldigt werden, muss man wohl gar nicht erwähnen. Über diesen angeblichen Vorfall war selbst die Polizei offensichtlich tagelang danach noch nicht informiert und meldete auch nichts; eigentlich vor dem 4. Januar auch schon gemeldet worden, es habe dort keine Übergriffe an Silvester gegeben. Sowohl Lokalnachrichten „buten un binnen“ als auch der Obervielander Beiratssprecher erkundigten sich erfolglos bei Dutzenden Menschen im Viertel, ob sie etwas mitbekommen haben, der Sprecher sogar bei den örtlichen Polizeibehörden, die überhaupt nicht informiert waren. Auch der Ort, an dem der Vorfall passiert sein soll, wurde verschwiegen. Kein Tatort, keine Zeugen, keine informierte Polizei – eine sehr seltsame Anklage. Nur einer reagierte direkt – Ulrich Mäurer. Der klagte den „unerträglichen Zustand“ an, dass „vermummte Chaoten“ Einsatzkräfte so angreifen könnten und forderte abermals ein Böllerverbot. Chef der Feuerwehr war er zwei Jahren übrigens übergangsweise persönlich, nachdem über Chatgruppen, in denen unzählige Nazi-Symbole und ein Plan, eine weibliche Mitarbeiterin zu vergewaltigen, gepostet wurden, bekannt wurde, dass es offensichtlich ein Netzwerk von Faschisten in der Bremer Feuerwehr gibt. Der heutige Feuerwehrchef Philipp Heßemer hat diese Vorfälle bei Amtsantritt gleich relativiert, und die Verbindung von Feuerwehr und Innenbehörde ist offensichtlich auch heute noch sehr eng. Da wundert es nicht, wenn solche Geschichten heute über die Feuerwehr ans Tageslicht gebracht werden. •



*Innensenator
Ulrich Mäurer*

HACKER-ANGRIFF AUF DIE UNI DUISBURG-ESSEN – EIN HOCH AUF DIE DIGITALISIERUNG?

Seit dem 27. November letzten Jahres geht vieles nicht mehr – oder nicht wie es soll – an der Universität Duisburg-Essen. Diese wurde Opfer einer Cyberattacke durch eine Bande Internet-Krimineller, die sich „Vice Society“ nennt. Bei der Attacke selbst handelt es sich um sogenannte „Ransomware“ (zu deutsch „Lösegeld-Software“), die zum Einsatz kam. Dabei verschaffen sich Hacker Zugriff zu einem fremden System und verschlüsseln einzelne Daten bzw. den gesamten Rechner – oder wie bei der Uni Duisburg-Essen gleich ganze Server. Im Anschluss daran fordern die Täter dann ein Lösegeld von den Opfern des Angriffes, um ihnen im Gegenzug wieder Zugang zu ihren Daten zu geben.

Im Falle der Uni Duisburg-Essen war die Folge, dass alle Systeme von jetzt auf gleich offline genommen wurden. Die für die Studierenden zentrale Lernplattform „Moodle“ und der sogenannte Semesterapparat waren nicht mehr erreichbar, ebenfalls das für bürokratische Vorgänge notwendige Online-Portal „His-in-One“, welches auch für An- und Abmeldungen für Prüfungen genutzt wird, konnte nicht mehr benutzt werden. Nicht einmal telefonisch und erst recht nicht per Mail konnte man die Universität, ihre Mitarbeiter oder andere Studierende erreichen – denn auch diese Kommunikation basierte auf den gleichen Servern. Auch die Uni-Bibliothek war wochenlang nicht richtig nutzbar und ist bis heute nur im eingeschränkten Zustand zu nutzen. Wie soll man sich als Studierender so auf irgendwelche Prüfungen vorbereiten, wenn einem die grundlegendsten Mittel zum Lernen fehlen? Und trotzdem gibt es nicht die von den Studierenden geforderten Freiprüfungen.

Auf sozialen Netzwerken wird die Uni-Leitung dafür nur so zerrissen. Kommentare wie „Darauf erst mal den Semesterbeitrag erhöhen, weil wir kein WLAN hatten“, „Es ist eine Zumutung! Im WDR wurde die Tage gesagt, es würde wieder nahezu Normalzustand herrschen (...)“ oder „Kein Datenschutz, kein Internet, kein Zugriff (...), keine Infos, nicht mal eine Entschuldigung. Ich werde diese Uni so schnell wie möglich verlassen.“ sind nur einige der Stimmen verärgelter Studierender. Dazu häufen sich die Stimmen nach einer Sammelklage und der Forderung nach Freiversuchen aufgrund

der erheblichen Nachteile, die Studierende in der Lernphase kurz vor den Prüfungen erdulden mussten.

Die Universität ignorierte auf Anraten des Bundeskriminalamts die Lösegeldforderungen der Bande, welche in der Folge die erbeuteten Daten keine zwei Monate später im Darknet veröffentlichte. Die Universität ist nicht in der Lage, die Daten ihrer Studierenden und Mitarbeitenden zu schützen, aber der Umgang von Seiten der Universitätsleitung mit der Situation setzt dem ganzen noch die Krone auf. Jede Verantwortung wird zurückgewiesen, die fahrlässige Weitergabe von sensiblen Daten über junge Erwachsene an Kriminelle wird kleingeredet, die Uni heruntergefahren und es reicht nicht einmal für eine ordentliche Entschuldigung der Unileitung gegenüber den Studenten. In einer Pressemitteilung vom 16. Januar behauptet die Uni im Gegenteil, dass nur ein „kleiner Teil der Daten in die Hände der kriminellen Organisation“ gelangt sei und sagt in einem WAZ-Bericht wenige Tage später: *„Nach aktuellem Stand handele es sich um keine sensiblen Daten – sondern um Namen, private Wohnadressen und Universitäts-E-Mail-Adressen.“* und *„Es besteht also nur ein geringer Grund zur Sorge. Der Risikofaktor ist nicht hoch.“* Im selben Bericht, nur einige Zeilen später, stellen sie sich dann damit bloß, dass man nicht die genauen Risiken für die Studierenden und Mitarbeiter abschätzen könne, weil *„wir noch nicht das ganze Ausmaß kennen.“*

Auch nach unseren eigenen Recherchen im Darknet kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Uni-Leitung mehr dem Grundsatz „gute Miene zum bösen Spiel“ als der tatsächlichen Wahrheit folgt. So lassen sich bei den veröffentlichten Daten sowohl zahlreiche private Wohnadressen von Studierenden und Mitarbeitenden, als auch vertrauliche Arbeitsverträge finden. Teilweise sind sogar private Fotos und ganze Familien-Chroniken aufgetaucht. Ironischerweise sind unter den geleakten Daten sogar ganze Ordner zur IT-Infrastruktur der Universität.

Dass die Veröffentlichung dieser Daten keineswegs, wie die Universität uns erzählen will, mit „wenig Risiko“ verbunden ist, kann selbst ein Blinder sehen.

Die erbeuteten Daten machen Identitätsdiebstahl und Stalking von Studierenden und Unipersonal zum Kinderspiel für jeden, der es auf irgendeine Person abgesehen hat. An diesem Punkt lässt sich gut aufzeigen, was für ein zweischneidiges und hochgefährliches Schwert die von der Regierung immer vehementer geforderte und vorangetriebene Digitalisierung ist. Denn Digitalisierung beschränkt sich nicht auf die Annehmlichkeiten einer Online-Lernplattform oder dem Ausbau des Hochgeschwindigkeitnetzes, sondern ist eben auch damit verbunden, dass der Staat und alle, an die er das weitergibt, sei es gewollt oder ungewollt, auf sehr sensible Daten von uns zugreifen können.

Nichtsdestotrotz ist „Digitalisierung“ das große Stichwort in der aktuellen Regierung. Im Koalitionsvertrag gibt es sage und schreibe über 200 Bezüge auf Digitalisierung. Immer wieder wird dort betont, wie wichtig die Digitalisierung ist, beispielsweise um in zukünftigen Krisen „effektiver“ handeln zu können. Unter den zahlreichen Maßnahmen und Vorhaben für die Digitalisierungspläne des bürgerlichen Staates finden sich u.a. zahlreiche Beispiele für umfassende Überwachungsmöglichkeiten und neue Befugnisse für die Exekutive, wie einer Digitalisierung von Fahrzeugdokumenten und Meldeberechtigungen. Gleichzeitig sollen die Vorratsdatenspeicherung weiter entwickelt und eine sogenannte „Login-Falle“ geschaffen werden, bei dem Konzept müssen Diensteanbieter mitwirken und bei einem Anfangsverdacht IP-Adressen von Nutzern an die Behörden weiterleiten. Dabei betont die Ampel-Regierung, dass sie die Rechte der Menschen weiterhin schützen will und sich beispielsweise gegen die digitale Echtzeit-Erfassung von biometrischen Daten ausspricht. Doch ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit im Dezember letzten Jahres zeigt, dass die Versprechen der Regierung nicht das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt werden. So hat die Bürgerrechtsorganisation Digitalcourage aufgedeckt, dass Deutschland im letzten Monat im EU-Rat für eine nachträgliche Nutzung von erfassten biometrischen Daten wie Gesichtserkennung für Beweismittel zugestimmt hat. Dies ist dabei nichts anderes als ein großer Angriff auf unsere demokratischen Rechte und das Recht auf Anonymität, denn im Nachhinein nutzbare biometrische Daten lassen sich zum einen nur nutzen, wenn man das auf der Grundlage von einer immensen Menge an Vorratsdatenspeicherung macht, und benötigen zum anderen dabei eine flächendeckende Videoüberwachung mit ausgestatteter Gesichts- und Körperüberwachung

– die dann auch in Echtzeit nutzbar wäre –, wie das Fachmagazin Netzpolitik beschreibt. Ein weiterer Aspekt, den wir hier nur anschnitten können, ist die Nutzung der Digitalisierung für die immer mehr voranschreitende Militarisierung der Gesellschaft, bei der die Bundeswehr eine eigene Abteilung für Cyber Warfare bekommen soll und die komplett im Widerspruch zum Grundgesetz steht. So hat die Bundeswehr mit der Abteilung „Operative Kommunikation“ ein Kollektiv von kritischen Künstlern überwachen lassen, welche mit Aktionen auf die Durchsetzung von Faschisten in den Reihen des Militärs aufmerksam machen wollten. In dem Fall hat die Bundeswehr den Fall als „feindliche Propaganda“ eingestuft und die Gruppe systematisch online überwachen lassen und sogar geplant, eigene Gegenmaßnahmen zu unternehmen.

Wie wir sehen, ist Digitalisierung also keineswegs nur ein Feld für schnelles Internet und einfaches Lernen, sondern wird von der Bourgeoisie gezielt vorangetrieben um Massenüberwachung, Militarisierung, Kriegsführung im Inneren und die Bekämpfung von revolutionären und oppositionellen Kräften zu entwickeln. Dass die Daten, die der Staat und seine Behörden über uns sammeln, nicht nur für die Ziele der Bourgeoisie genutzt werden, sondern auch keineswegs in sicheren Händen sind, zeigt nicht nur der Fall der Ransom-Attacke gegen die Universität Duisburg-Essen. In der BRD gibt es zwar keine gesammelten Daten zu Ransomware-Angriffen auf Behörden und öffentlicher Infrastruktur, die Zahlen, die man aber vereinzelt findet, sind alarmierend. Laut einer Studie der Cybersecurity-Firma Sophos gab es im Jahr 2022 Ransomware-Angriffe auf 67 Prozent aller deutschen Unternehmen, worin in der Studie auch explizit staatliche und öffentliche Behörden und Träger hinzugezählt werden. Auch berichtet die Studie, dass gerade lokale Behörden nicht in der Lage seien, solche Angriffe zu verhindern und am längsten bräuchten, um sich von solchen Angriffen zu erholen – so ist aktuell beispielsweise die gesamte Verwaltung von Potsdam seit mehreren Wochen durch Hacker lahmgelegt. Als Konsequenz aus all diesen Sachen sollte der Staat und die Behörden nicht mehr und mehr digitale Daten über uns sammeln können, sondern so wenig wie möglich. Wieso sollten wir den staatlichen Behörden und Institutionen noch mehr von unseren Daten geben, wenn sie nicht einmal auf diejenigen aufpassen können, die sie bereits haben? •

RAZZIEN BEI RADIO DREYECKLAND

Am Morgen des 17. Januar kam es bei mehreren Objekten in Freiburg zu Hausdurchsuchungen durch die Polizei. Im Fokus: Die Zentrale des lokalen Radiosenders „Radio Dreyeckland“ (RDL) und die Wohnungen von zwei Mitarbeitern, eines Redakteurs sowie des Verantwortlichen im Sinne des Presserechts für die Website des Radios. Dabei wurden unter anderem auch mehrere Computer, Mobiltelefone und Datenträger beschlagnahmt. Aber wie kommt die Polizei und Staatsanwaltschaft Karlsruhe dazu, mit so vollkommen überzogenem Aufwand gegen die Betreiber eines lokalen Radiosenders vorgehen?

Radio Dreyeckland wurde im Jahre 1977, ursprünglich unter dem Namen „Radio Verte Fessenheim“ gegründet und sendete grenzüberschreitend im Dreiländereck Deutschland – Frankreich – Schweiz. Ursprünglich entstand der Sender aus der Anti-AKW-Bewegung. Ziemlich schnell begann er jedoch auch, über andere Themen wie Arbeitskämpfe in Frankreich oder Hausbesetzungen in Deutschland zu berichten. Dabei sendete er anfangs zunächst ohne eine Genehmigung und wurde dafür von der Polizei in allen drei Ländern verfolgt. Nichtsdestotrotz wurde RDL zum damals bekanntesten politischen Piratensender im deutschsprachigen Raum. Im Jahre 1988 bekam RDL dann in Deutschland eine offizielle Lizenz zum Senden und wurde damit in der BRD legalisiert.

Seitdem ist viel Zeit vergangen, und RDL hat sich mittlerweile zu einem gut funktionierenden lokalen Radiosender entwickelt, den man morgens auf dem Weg zur Arbeit im Auto hört. Nichtsdestotrotz hat RDL nie aufgehört, ein politisches Medium zu sein und berichtet weiterhin über politische Missstände, die ihren Weg normalerweise nicht ins Radio finden. Dabei wird nicht bloß über rassistische Polizeiübergriffe, die miserablen Lebens- und Wohnsituationen oder das Treiben der Nazis in Nachrichtenform berichtet, sondern vor allem auch die Betroffenen direkt zu Wort kommen gelassen. Wie häufig kommt es vor, dass man im Radio zwei Syrer, direkt aus dem Studio, über ihre Fluchterfahrung, ihre Inhaftierung, Konfrontation mit Milizen oder Schleppern erzählen hört? Bei RDL ist das ganz alltägliche Programmgestaltung. Darüber hinaus sind die Redakteure von RDL regelmäßig bei Demonstrationen und Protesten anzutreffen, wo sie Interviews mit Menschen führen

und anschließend im Radio darüber berichten. Insgesamt gibt es mehr als 17 Sendungen in unterschiedlichen Sprachen mit tagesaktuellen Programmen zur Politik, Kultur, Umwelt, Literatur oder von Gruppen wie dem „Arbeitskreis kritischer JuristInnen“ oder „Radio Bleiberecht“.

Diese fortschrittliche Berichterstattung führt natürlich auch dazu, dass RDL Einigen ein Dorn im Auge ist, und es stört mit Sicherheit auch den ein oder anderen Politiker, Makler oder Staatsanwalt, wenn man Anwohner aus dem Viertel oder Betroffene ungefiltert und ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen zu Wort kommen lässt, das Ganze noch qualitativ hochwertig auf der Webseite aufbereitet und zum Nachhören als Download bereitstellt. Dennoch ist dies ohne Frage eine Arbeit, die in der BRD von der Pressefreiheit abgedeckt wird und ein Teil der bürgerlich-demokratischen Rechte ist. Dass es Journalisten erlaubt ist, frei über alles zu berichten, ist ein Recht, welches in diesem Staat juristisch festgelegt ist und von offizieller Seite auch immer wieder als „wichtige Säule der Demokratie“ hochgehalten wird. Demokratie in einer Klassengesellschaft ist jedoch auch immer nur die Demokratie für die herrschende Klasse und so gelten demokratische Freiheiten, wie die Pressefreiheit, in der bürgerlichen Demokratie auch nur so lange, wie sie den herrschenden Kapitalisten gerade in den Kram passen. Dass Presse und Rundfunkfreiheit in diesem Staat eben kein „unantastbares Gut“ sind, mussten die Journalisten von RDL nun schmerzlich am eigenen Leib spüren, denn die Razzien gegen RDL haben nichts mir irgendwelchen tatsächlich oder angeblich begangenen Straftaten zu tun.

Der Vorwand könnte nicht fadenscheiniger sein: Angeblich soll RDL durch die Veröffentlichung des Artikels *„Linke Medienarbeit ist nicht kriminell! Ermittlungsverfahren nach Indymedia Linksunten Verbot wegen ‚Bildung krimineller Vereinigung‘ eingestellt“* auf ihrer Webseite einen „Verstoß gegen das Vereinsverbot“ begangen haben. Wir erinnern uns: 2017 unternahm die Staatsanwaltschaft nach den Kämpfen gegen den G20-Gipfel große Mühen, die Webseite von Indymedia Linksunten (linksunten.indymedia.org) vom Internet zu nehmen. Dafür erfand sie einen angeblichen Verein, der diese Webseite betreiben würde, behauptete, dessen Tätigkeiten würden

gegen die „verfassungsmäßige Ordnung“ verstoßen, durchsuchte die KTS in Freiburg und beschlagnahmte Server und die Webseite war erst mal nicht zu erreichen. Kurze Zeit nach der Abschaltung wurde dann ein Archiv der Website hochgeladen. Der damalige Angriff auf Linksunten war an sich schon ein handfester Angriff auf demokratische Freiheiten und wurde von verschiedenen demokratischen Organisationen, wie der „Gesellschaft für Freiheitsrechte“, kritisiert. Trotz aller Ermittlungen wurde nicht eine Person verurteilt, die Durchsuchungen fünf Jahre später für rechtswidrig erklärt und das Verfahren im Juli 2022 eingestellt.

Im August 2022 berichtet RDL dann auf ihrer Webseite in einem Artikel, der kaum mehr als 100 Worte hat darüber, dass das Verfahren jetzt eingestellt ist. Als Teil davon wurde natürlich auch ein Link zu dem Archiv in den Artikel eingebaut und als Illustration ein Bild von einer Hauswand mit einem Graffiti aus Freiburg genommen. Dieser Artikel mit Autorenkürzel, der nicht mal eine drittel Seite lang ist, zusammen mit Bild und Link, ist der Vorwand, unter dem jetzt die Razzien gegen Radio Dreieckland durchgeführt wurden. Der Vorwurf ist, dass RDL sich als „verlängerter Arm des verbotenen Vereins linksunten. indymedia“ betätigt hätte, da sie mit ihrem Artikel Unterstützungsarbeit leisten würden.

Diese Vorwürfe sind absolut unhaltbar und ein krasser Angriff auf die Pressefreiheit. Die Journalisten von RDL haben nichts mit dem Medienportal Indymedia zu tun, doch darum geht es auch eigentlich nicht. Es geht den Herrschenden mit diesen Angriffen darum, kritische Journalisten, die von den führenden Medien abweichende Meinungen verbreiten, einzuschüchtern und herauszufinden, mit wem RDL in Kontakt steht. Es geht darum, den Journalisten in diesem Land zu zeigen, dass sie sich besser nicht mit dem Staat anlegen sollen. Wie sonst soll man es verstehen, dass bei Journalisten eines Radiosenders wegen eines veröffentlichten Links zu einer offenen, frei verfügbaren Website Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren stattfinden. Die Archiv-Seite von Indymedia Linksunten ist der erste Eintrag bei Google, wurde in den letzten Jahren auch in anderen Medien mehrfach abgedruckt oder online gestellt und in Social-Media-Beiträgen vom Bundesinnenministerium und der Gewerkschaft der Polizei erwähnt – ohne dass Razzien gegen diese stattgefunden hätten.

Dokumentation und Quellenangaben sind die Grundlage jeder seriösen journalistischen Recherchearbeit und dürfen nicht kriminalisiert werden. In den großen Medien hören wir aktuell oft von der „schlimmen undemokratischen Situation in Russland“ und von den „despotischen Methoden des russischen Staates gegen unliebsame Journalisten“. Doch die Methodik, mit der der deutsche Staat aktuell gegen kritische Journalisten vorgeht, ist kaum anders. Der Staat verstößt gegen seine eigenen Gesetze und tritt die bürgerlich-demokratischen Rechte wie die Pressefreiheit oder den journalistischen Quellenschutz mit Füßen. In den letzten Jahren wurden schon zahlreiche demokratische Rechte, wie die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, angegriffen. Nun startet der Staat mit dem Angriff auf RDL einen großen Angriff gegen die Pressefreiheit. Wenn unter solch fadenscheinigen Vorwänden Razzien gegen einen lizenzierten Radiosender durchgeführt werden, dann ist es mit der Pressefreiheit nicht weit her, und fortschrittliche Berichterstattung unabhängig vom Mainstream steht in Gefahr, dem gleichen Schicksal zum Opfer zu fallen.

Deswegen kamen schon am Tag direkt nach der Razzia über 700 Menschen in Freiburg auf dem Platz der Alten Synagoge zusammen, um das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft zu entlarven. Der Angriff auf RDL ist ein Angriff auf die Pressefreiheit und fortschrittliche Berichterstattung im Allgemeinen und muss als solcher auch benannt werden. Kämpfen wir nicht dagegen an, so erlauben wir, dass es weniger und weniger Berichterstattung gibt, in der nicht die vorgefertigten Meinungen aus all den anderen bürgerlichen Medien drin stehen, sondern in denen wir als Anwohner, Streikende, Geflüchtete, Protestierende und Betroffene selbst zu Wort kommen können und die unseren Anliegen eine Stimme geben. •



SCHON GEZAHLT? RUNDFUNKGEBÜHR UND DIE ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN MEDIEN

Was haben *Bares für Rares*, *Tatort*, *1Live*-Podcasts oder *tagesschau.de* gemeinsam? Genau, sie alle werden finanziert über den Rundfunkbeitrag, den in Deutschland knapp 39 Millionen Haushalte bezahlen. Die mehr als acht Milliarden Euro, die dabei zusammen kommen, fließen in die Taschen der vier einzigen Nutznießer ARD, ZDF, Deutschlandradio und den Landesmedienanstalten. Davon finanziert werden Dutzende von Radio- und Fernsehsendern mit ihren jeweiligen Programmen, Shows und Eigenproduktionen, mit den Mediatheken, Webseiten, Social-Media-Kanälen, Spartensendern, usw. Wer das Radio anmacht, im Fernsehen zappt oder sich bürgerliche Berichterstattung im Netz anschaut, kommt an den unterschiedlichen Formaten des „Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks“ (ÖRR) nicht vorbei. Die „Öffentlich-Rechtlichen“ spielen damit eine hervorragende Rolle in der Meinungsbildung, politischen Berichterstattung und in der Kultur- und Kreativwirtschaft in diesem Land, die den Einfluss und die Marktmacht der gesamten Privatwirtschaft auf dem Sektor noch übersteigt – und wir alle bezahlen dafür.

Dabei spielt es keine Rolle, was man von den Telenovelas des ZDF, den Dokus von Arte, der Comedy vom WDR oder dem Radio vom NDR hält, man muss trotzdem dafür bezahlen, oder ob man mit den Inhalten, die dort produziert werden, einverstanden ist oder nicht. Das ändert nichts daran, dass man seine monatlich aktuell 18,36€ an den GEZ-Nachfolger „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ zu überweisen hat. Wer nicht zahlt oder aus Anlass des aktuell stattfindenden Meldedatenabgleichs nicht auf Post vom Beitragsservice reagiert, kann mit dem Gerichtsvorzieher vor seiner Tür rechnen. 2021 stellte der Beitragsservice nach eigener Darstellung „1,11 Millionen Vollstreckungsersuche an die örtlichen Vollstreckungsorgane“, d.h. hetzte Gerichtsvollzieher gegen jene, die sich im Corona-Jahr 2021 keine 220 Euro im Jahr an zusätzlichen Kosten leisten konnten.

In Deutschland besteht der ÖRR aus einem Dreiergespann von ARD (und seinen Untergruppen SWR,

NDR etc.), dem Zweiten Deutschen Fernsehen und dem Deutschlandradio. Die Aufgaben dieses Dreiergespanns sind im sogenannten Medienstaatsvertrag festgelegt, der von den Regierungen der einzelnen Bundesländer beschlossen wird, die auch die Höhe der Beitragsabgaben festlegen.

ARD, ZDF und Deutschlandradio stehen jedoch nicht für sich allein, sondern sind untergliedert in viele weitere Verwaltungseinheiten, involviert in Institutionen, haben Beteiligungen an Unternehmen, sitzen in Gremien, haben Tochtergesellschaften mit unterschiedlichen juristischen Einstufungen, unterliegen bestimmten Kontrollinstanzen und so weiter und sofort. Es umfasst einen riesigen Koloss von bürokratischer Verwaltungsmaschinerie, sodass 2014 bei der ARD beispielsweise nur 38 Prozent des Etats tatsächlich in die Programmgestaltung floss. Dennoch bekommt der ÖRR im letzten Berichtsjahr 2021 nicht nur 8.422.080.636,04 Euro über den Rundfunkbeitrag, sondern nochmal zusätzliche Einnahmen von ca. 15 Prozent seines Gesamtbudgets aus Werbe- und Sponsoringverträgen oder kommerziellen Unternehmensteilen. So kann man ohne Sorge vor Übertreibungen davon sprechen, dass wir jährlich um die 10 Milliarden Euro für den ÖRR hinlegen. Im europäischen Vergleich sind die Kosten in Deutschland auf Platz 6.

Mitte 2022 hat die Debatte darum, wie diese Gelder innerhalb der Rundfunkanstalten tatsächlich verwendet werden erneut wieder etwas Fahrt aufgenommen, nachdem bekannt geworden war, wie die Intendantin des RBB, Patricia Schlesinger, neben ihrem fetten Gehalt noch in die eigene Tasche gewirtschaftet hat und sich hat bestechen lassen. Die ganze Diskussion hat erneut ein grelles Licht auf den widerlichen Klüngel, den Handel von Gefälligkeit und das Schachern von Posten und Gehältern geworfen, die die obersten Verwaltungsebenen und Entscheidungsinstanzen im ÖRR ausmachen, während auf der anderen Seite natürlich auf den untersten Ebenen der Hierarchie Kulturschaffende oder Angestellte im Medienbereich oft mit unterbezahlten und häufig temporären Stellen konfrontiert sind. Die Erkenntnis, dass der ÖRR ein riesiger Verwaltungsapparat, voll

mit Vetternwirtschaft, Bevorteilung und Geschacher ist, ist aber keine neue Erkenntnis aus dem letzten Jahr, sondern war schon immer so. Diesen Skandal thematisierend, wird seitens der ÖRR-Medien selber, vor allem hervorgehoben, dass es „einen ÖRR für die unabhängige Berichterstattung für eine Demokratie“ brauchen würde.

Per Definition soll der ÖRR angeblich unabhängig vom Staat sein und keine direkte Einflussnahme von Seiten der Regierung oder bestimmter Parteien zulassen. Dies hat natürlich wenig mit der Realität zu tun: Erstmal sind es natürlich die Landesparlamente, die am Ende das Budget festlegen, dann gibt es selbstverständlich jede Menge Parteifunktionäre innerhalb der hohen Verwaltungsebenen und ständigen Druck aus der Politik, wie beispielsweise Interviews im Austausch für wohlwollende Berichterstattung, und natürlich auch eine florierende Drehtür zwischen Wirtschaft und Politik. Dazu kommt, dass es auch einen konkreten staatlich sanktionierten Auftrag für den ÖRR gibt, an den dieser sich zu halten hat. Darin heißt es unter anderem, dass sie „die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern“ müssen. Ein einfaches Beispiel, wie eng die Überschneidung zwischen „unabhängiger Berichterstattung“ und Politik ist, lässt sich leicht an einem guten Beispiel aus dem Januar zeigen: Die Tagesschau, „DAS Sturmgeschütz der objektiven 4. Gewalt“ schlechthin, veröffentlichte aus Anlass der Ernennung von Pistorius zum Verteidigungsminister am 17.01. einen Artikel vom ARD-Hauptstadtkorrespondenten der ARD über ihn unter dem Titel „Analyse – Neuer Verteidigungsminister Pistorius: Ein Vollblutpolitiker, der anpackt“ mit jeder Menge Zwischenüberschriften wie „Eine Stimme, die Gewicht hat“, „Selbstbewusst und ehrgeizig“ oder „Pistorius weiß, sich zu verteidigen“. Nicht mal eine Woche später wechselte der Autor den Job und wurde Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Solche Ausmaße von Korruptionsstrukturen in den Verwaltungsgremien zu kritisieren, gehört, auch im ÖRR selbst, inzwischen zum guten Ton. Darüber hinausgehende Kritik gibt es höchstens von Seiten der AfD, die lieber ihre Agenda präsenter sehen würde oder die von den privaten Rundfunkmonopolen. Aber auch wenn „kritische Formate“ wie Frontal21 oder Satire-Shows wie Böhmermann bestimmte Aspekte der öffentlichen Meinung aufgreifen und sogar

Segmente der Kritik am ÖRR gewidmet haben, ändert sich nichts an der grundlegenden Aufgabe des ÖRR: Für die bürgerliche Demokratie einzustehen. Das bedeutet, für ein System zu kämpfen, in dem es den Leuten zunehmend erheblich schlechter geht, während eine Minderheit davon profitiert.

Mit dem Aufkommen des Internets und den neuen sozialen Netzwerken hat der ÖRR ein neues Aufgabenfeld für sich entdeckt. Er hat nicht mehr die Herrschaft, in welcher Art und Weise und worüber berichtet wird. Dafür aber hat er sich unter dem Vorwand seiner „Unabhängigkeit“ mit aller Selbstverständlichkeit zum Schiedsrichter über die absolute Wahrheit ernannt und den Kampf gegen „Fake-News“ aufgenommen. Aber wird der ARD-Faktenfinder jemals zu der Erkenntnis kommen, dass der Kommunismus für die überwältigende Mehrheit der Menschen das bessere System ist? Eine abstruse Frage, das ist jedem klar. Warum ist der ÖRR Sprachrohr von Lauterbach gewesen oder propagiert jetzt in überwältigender Maße Leopard-Lieferungen an die Ukraine? Es ist nicht, weil diese Maßnahmen oder Forderungen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren würde, wie sie es gerne darstellen. Sondern es entspricht den Anforderungen ihrer Klassenherrschaft, diese vorwärtszubringen.

Bedeutet das, dass man keinen Spaß mehr am Tatort haben sollte, bei Dokus von Arte schnell abschalten muss und bei Witzen in Neues aus der Anstalt nicht lachen darf? Natürlich nicht. Aber wir sollten uns auch nicht für blöd verkaufen lassen darüber, dass der ÖRR für uns gemacht sei, unsere Interessen vertritt oder irgendeine Form von absoluter Wahrheit für sich gepachtet hätte. Der Mythos, der ÖRR sei unabhängig, ist nur wahr, wenn man die Politik der einen oder anderen bürgerlichen Partei betrachtet (und nicht mal wirklich dann). Er ist aber nicht unabhängig von den Klasseninteressen der Bourgeoisie, die ein Interesse daran hat, die bestehenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Wie viel „unabhängige Berichterstattung“ und die Pressefreiheit Wert sind, wenn es darum geht, Berichterstattung von einem anderen Standpunkt als dem Erhalt des bestehenden Systems im Interesse einiger weniger zu machen, zeigt gut der Artikel aus Baden-Württemberg in dieser Ausgabe: Dann ermittelt der Staatsschutz und die Polizei durchsucht deine Redaktionsräume. •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM MÄRZ

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

**8. MÄRZ - INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG
HALTET AUGEN UND OHREN OFFEN
NACH AKTIONEN IN EUER STADT**

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Aktionen in Dänemark, Spanien, Norwegen und der BRD gegen den Terror gegen die armen Bauern Brasiliens und Mexikos.

Quelle: solrojista.blogspot.com

**ROTE
POST** 